

Rede zur Einbringung des Haushalts 2022

Stadtkämmerin Christine Lang, 26.11.2021

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren,

Teil 1: Rückblick auf die vergangenen 15 Jahre

Dieses wird meine letzte Haushaltsrede sein. Das erfüllt mich schon ein wenig mit Wehmut und ich habe mir deswegen erlaubt, im ersten Teil meiner Rede einen kurzen Rückblick auf die Haushaltswirtschaft der letzten 15 Jahre zu werfen und ich hoffe, dass das auch für Sie interessant ist.

2007 wurde ich zur Kämmerin gewählt und meinen ersten Haushalt habe ich für das Jahr 2008 aufgestellt. In dieser Zeit ereigneten sich Vorgänge, die man später mit dem Begriff Weltfinanzkrise bezeichnet hat. Am 15.08.2008 brach die US-amerikanische Großbank Lehman Brothers zusammen und in der Folge kam es zu einem weltweiten Wirtschaftseinbruch, was in der weiteren Folge eine Staatsschuldenkrise ausgelöst hat, an der im Jahr 2010 fast der Euroraum zerbrochen wäre. Das waren turbulente Zeiten, die mich als damals frische Kämmerin ziemlich besorgt haben. Ich hätte nicht zu sagen gewusst, was das eigentlich für eine Stadt bedeutet, wenn das Bankensystem oder die Währung zusammenbricht, habe aber schnell mitbekommen, dass auch erfahrenere Kämmerer dazu keinerlei Plan hatten. Gott sei Dank ist es zu all dem nicht gekommen. Aber es hat mir doch von Anfang an aufgezeigt, wie fragil unser Finanzsystem gebaut ist und wie wichtig solide Staats- und auch Stadtfinanzen sind.

Auch in unserem Haushalt haben diese Jahre aus damaliger Sicht große Defizite hinterlassen. Das war alles andere als das, was ich mir bei Übernahme dieses Amtes vorgestellt und vorgenommen hatte. Aber die Wirtschaft und damit die Steuereinnahmen erholten sich rasch und im Jahr 2011 war die Krise – jedenfalls für Gütersloh – beendet.

Jahresergebnisse 2008 - 2020



Eine zweite Jahreszahl ist in meiner Amtszeit als Kämmerin bedeutsam. Es war das Jahr 2015. Damals kamen mehr als 1 Millionen Flüchtlinge vorwiegend aus Syrien nach Deutschland. Der deutsche Staat, aber vor allem die deutschen Kommunen haben es zusammen mit vielen Ehrenamtlichen aus der Zivilgesellschaft geschafft, den Geflüchteten innerhalb kurzer Zeit ein Dach über dem Kopf, Verpflegung, medizinische Versorgung, den Zugang zu Bildung, Ausbildung und Beschäftigung sowie sozialer Betreuung zukommen zu lassen. Ja, wir haben das geschafft. Was gesamtgesellschaftlich hingegen nicht in ganzer Breite gelungen ist, ist die wirkliche Integration dieser Menschen.

Was hat das alles mit dem Haushalt zu tun? Insgesamt wurden viele Milliarden von den öffentlichen Haushalten für die Versorgung der Geflüchteten innerhalb kurzer Zeit aufgebracht und das hat in den Köpfen der Bürger und Bürgerinnen und den Köpfen von Politik und Verwaltung dauerhaft etwas ausgelöst. Gedanken kamen auf wie „Ach, das geht plötzlich. Dafür ist Geld da. Wo bleiben wir? Wenn wir für die Geflüchteten das Geld ausgeben, müssen wir auch etwas für den Rest der Bevölkerung tun.“. Dieser Bewusstseinswandel vom zurückhaltenden Umgang mit den finanziellen Ressourcen hin zu einer Mentalität „alles ist möglich“ wirkt bis heute nach und wird verstärkt durch das hohe Wirtschaftswachstum der letzten Jahre und das niedrige Zinsniveau. Ablesen kann man das an den Steigerungen des Haushaltsvolumens.

Seitdem und von Jahr zu Jahr sich stetig weiter verstärkend habe ich das Gefühl, dass es keine Haltelinen mehr gibt. Dass diese großen Steigerungen bislang nicht zum großen Haushaltsproblem wurden, ist der gleichzeitig einsetzenden und anhaltend guten konjunkturellen Entwicklung mit steigenden Steuereinnahmen zu verdanken.

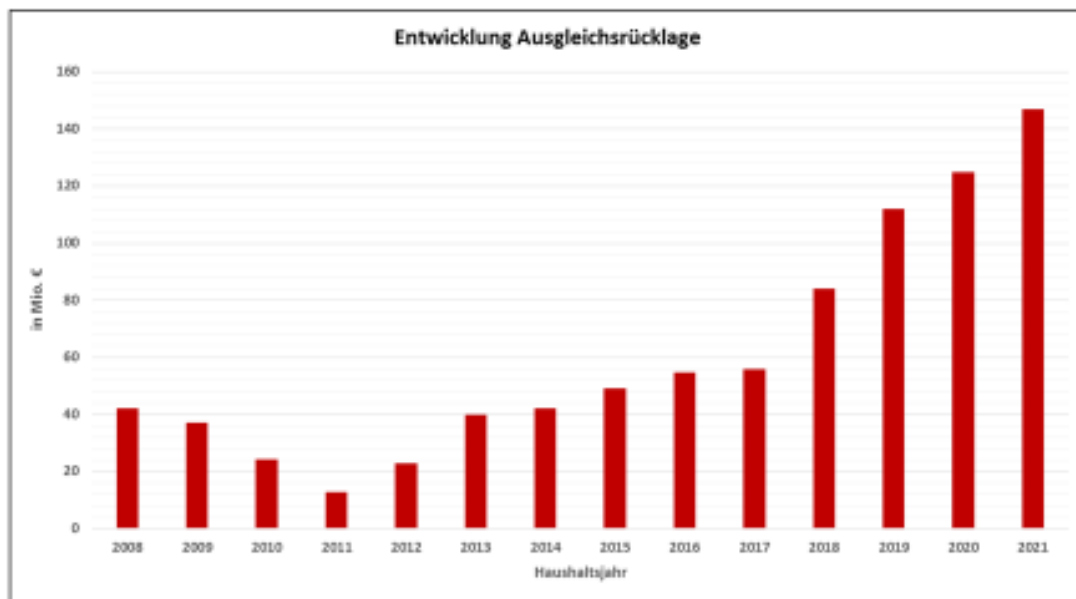
Ergebnisse Finanzbudget



Die Überschüsse unseres Finanzbudgets, die sowohl die laufenden Aufwendungen als auch die Investitionen ermöglichen müssen, sind ab dem Jahr 2017 sprunghaft gestiegen und haben im Jahr 2020 einen weiteren Sprung gemacht.

Diese guten wirtschaftlichen Rahmendaten sind aber nicht nur für Ausgabensteigerungen genutzt worden, sondern wir haben auch Rücklagen bilden können.

Ausgleichsrücklage



25.11.2021



Vorbehaltlich des entsprechenden Ratsbeschlusses zum Jahresabschluss 2020 wird unsere Ausgleichsrücklage dann 147 Mio. € betragen und auch mit dem Jahresabschluss 2021 werden wir eine weitere Zuführung in zweistelliger Millionenhöhe vornehmen können.

Gleichzeitig haben wir die Verschuldung abbauen können. Stand heute konnten wir das Volumen der Investitionskredite vom Höchststand im Jahr 2011 in Höhe von 109,5 Mio. € auf 61,4 Mio. € reduzieren.

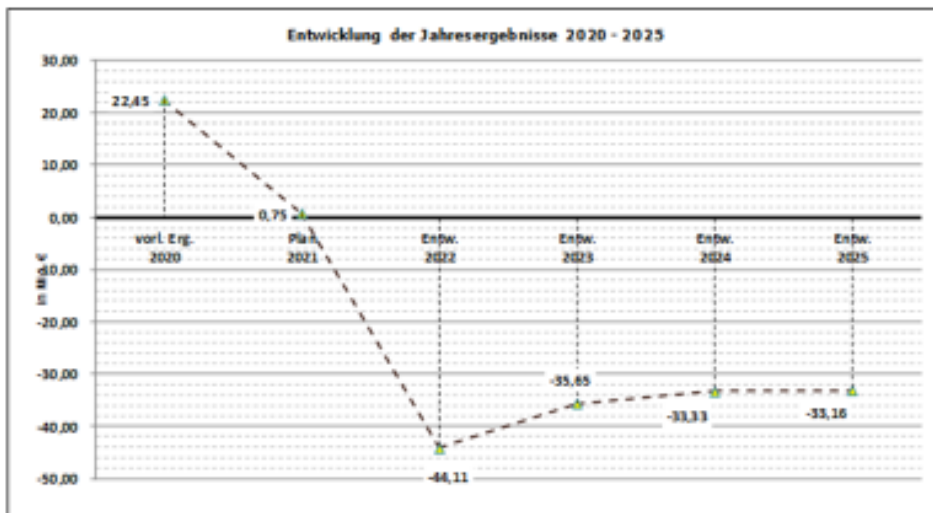
Insgesamt waren diese 15 Jahre nach einem aufreibenden Start glückliche und erfolgreiche Jahre für unsere Haushaltswirtschaft und damit auch für mich als Kämmerin und ich bin froh, Ihnen eine solide Finanzlage als Basis für die kommenden Jahre übergeben zu können.

Teil 2: der Haushalt 2022

Weniger glücklich, präziser gesagt, ziemlich besorgt bin ich allerdings, was den Ausblick auf die kommenden Haushaltsjahre angeht.

Für die nächsten 4 Jahre gehen wir von einem strukturellen Defizit von insgesamt 146 Mio. € aus, davon allein für das kommende Jahr 44 Mio. €.

Entwicklung Jahresergebnisse 2020 - 2025



25.11.2021



Dies kommt nicht plötzlich, sondern mit Ansage. Schon mit den beiden letzten Haushalten sind Defizite in annähernd dieser Größenordnung für die kommenden Jahre prognostiziert worden. Dies wurde allerdings allseits nur stoisch zur Kenntnis genommen und hatte weder Konsequenzen im Verwaltungshandeln noch für politische Entscheidungen. Dies scheint eine allgemeine Tendenz im ganzen Land zu sein, denn Kämmererkollegen berichten mir von ganz ähnlichem Verhalten in ihren Städten. Nach vielen guten Jahren hat man sich scheinbar daran gewöhnt, dass Geld in der gewünschten Höhe zur Verfügung zu stehen hat. Niemand, weder in der Breite der Verwaltung noch im Verwaltungsvorstand noch in der Politik und auch nicht in der organisierten Bürgerschaft, war nennenswert bereit, eigene Projekte und Wünsche zugunsten einer soliden Haushaltswirtschaft in Frage zu stellen oder sich auch nur ernsthaft mit den finanziellen Folgen der eigenen Pläne zu befassen. Für mich eine ernüchternde Erkenntnis und große Enttäuschung.

Ja, ich gebe auch zu, dass die Jahre 2020 und 2021 wesentlich besser verlaufen sind als im Haushaltsplan veranschlagt. Im Jahr 2020 hat uns die Gewerbesteuerausgleichzahlung im Dezember i.H.v. 43 Mio. € einen unverhofften Segen beschert und in diesem Jahr haben wir davon profitiert, dass die Unternehmen Gewerbesteuerzahlungen des Vorjahres, die wir ja bereits ausgeglichen bekommen haben, zum Teil nachgeholt haben. Aber derartige Einmaleffekte dürfen den Blick auf die dauerhaften, strukturellen Defizite nicht verstellen. Im Gegenteil, Sie wissen, dass durch die Ausgleichssystematik des Gemeindefinanzierungsgesetzes steuerlich besonders gute Jahre automatisch im Folgejahr zusätzliche Belastungen in Form höherer Kreisumlage und des Wegfalls von Schlüsselzuweisungen nach sich ziehen.

So verzeichnet der Überschuss unseres Finanzbudgets gegenüber dem Haushaltsplan des Vorjahres ein Minus von 23,2 Mio. €. Dies resultiert im Wesentlichen aus 3 Positionen: wir erhalten im kommenden Jahr keine Schlüsselzuweisungen, damit gehen gegenüber dem Vorjahr 8,2 Mio. € verloren, wir erhalten keine Zuweisungen aus dem Einheitslastenabrechnungsgesetz, weil dieses planmäßig jetzt ausläuft, damit fehlen 6,7 Mio. € und die Kreisumlage steigt für uns um 16,9 Mio. €.

Wer jetzt schnell mitgerechnet hat, kommt allein aus diesen 3 Faktoren auf eine Haushaltsverschlechterung von 31,8 Mio. €. Um diese Verschlechterung wenigstens teilweise zu kompensieren, haben wir uns zur bereits im letzten Jahr angekündigten Erhöhung der Grundsteuern A und B sowie der Gewerbesteuer auf die fiktiven Hebesätze durchgerungen. Dabei fällt insbesondere die Anhebung der Grundsteuer B ordentlich ins Gewicht. Das liegt daran, dass wir hier einerseits bislang mit 381 v.H. einen für eine Stadt unserer Größenordnung in NRW einmalig niedrigen Hebesatz haben und andererseits das Land den fiktiven Hebesatz auch noch einmal ordentlich auf 479 v.H. angehoben hat.

Diese Erhöhung um 98 Prozentpunkte hört sich allerdings schlimmer an als sie ist. Bei unseren 3 Mustergrundstücken bewegen wir uns bei jährlichen Erhöhungen zwischen 45,60 € und 152,68 €. Aber ich will nicht verhehlen, dass diese Grundsteuererhöhung zusammen mit anderen Preissteigerungen in nahezu jedem Sektor manchen an die Belastungsgrenze bringen wird. In meinen Augen ist diese Erhöhung angesichts der sehr großen Defizite allerdings alternativlos, es sei denn, die Bereitschaft zum Ausgabenverzicht würde plötzlich wieder massiv erstarken. Vielleicht schärft diese die Bürgerschaft direkt treffende Mehrbelastung und die Diskussionen, die es darum geben wird, wieder den Blick dafür, dass das Geld, welches ausgegeben werden soll, auch irgendwoher kommen muss. Das wäre immerhin ein positiver Nebeneffekt.

Die kalkulierten Gewerbesteuererträge haben wir für das nächste Jahr zunächst unverändert bei 100 Mio. € belassen. Dies ist gemessen am Durchschnitt der letzten Jahre schon ein recht hoher Wert, der allerdings hinter den tatsächlichen Spitzeneinnahmen dieses Jahres zurückbleibt. Der erst für den Februar vorgesehene Haushaltsbeschluss gibt uns aber die Gelegenheit, die ersten Zahlen des Jahres 2022 in der Kalkulation noch zu berücksichtigen. Aus tagesaktueller Sicht könnte eine Erhöhung der Ansätze vertretbar sein, was zu einer Verbesserung des Defizites führen könnte, soweit in den Haushaltsberatungen nicht zusätzliche Ausgaben beschlossen werden.

Zum Defizit des Haushaltsplanes i.H. von 44 Mio. € tragen natürlich nicht nur verminderte Überschüsse des Finanzbudgets, sondern auch steigender Zuschussbedarf für die Aufgaben der Fachbereiche bei. Die Budgetsteigerungen der Fach- und Geschäftsbereiche betragen 11,7 Mio. €. In absoluten Zahlen finden wir die höchsten Budgetsteigerungen im Baudezernat, den Bereichen Schule, Jugend und Familie, den Beteiligungen sowie der allgemeinen Verwaltung und hier insbesondere im IT-Bereich.

Ich komme zu den Investitionen: Hier schlagen sich die Beschlüsse und Diskussionen, die Sie aus den verschiedenen Fachausschüssen kennen, gnadenlos in Zahlen nieder.

In den nächsten 4 Jahren sind Investitionsmaßnahmen einschließlich Darlehensgewährungen an unsere Beteiligungen i.H. von 305 Mio. € vorgesehen. Dabei ist noch nicht einmal alles berücksichtigt, was so in der Diskussion steht und wahrscheinlich auch noch auf uns zurollen wird.

Und ob die veranschlagten Beträge für die eingestellten Maßnahmen am Ende auskömmlich sein werden, ist angesichts der massiven Preissteigerungen im Bausektor, aber auch angesichts der teilweise erst vorläufigen Planungsstände alles andere als sicher. Wenn man die geplanten Summen einmal mit dem Investitionsniveau der Vergangenheit vergleicht, sieht man den ganzen Wahnsinn der Entwicklung.

Investitionen 2008 - 2025



25.11.2021



Es ist unbestritten, dass die großen Zukunftsaufgaben unserer Gesellschaft wie Klimaschutz, Verkehrswende, Digitalisierung und Bildung ohne hohe Investitionen nicht gelöst werden können. Insofern ist eine Steigerung der Verschuldung sowohl unumgänglich als auch in der Sache gerechtfertigt. Das gilt nicht nur für den Bund, sondern auch für die Kommunen und auch für Gütersloh. Was mir aber Sorge bereitet ist, dass über die Grenzen dieser absehbaren Zunahme der Verschuldung nicht gesprochen wird oder bestehende Grenzen wie die Schuldengrenze im Grundgesetz gerade zur Disposition gestellt werden. Die intergenerative Gerechtigkeit gerät aus dem Blick oder wird mit dem Schlagwort „Investitionen für die Zukunft“ neu, in meinen Augen falsch, interpretiert.

Für einen kommunalen Haushalt gilt meines Erachtens nach wie vor, dass eine Verschuldung in Form von Investitionskrediten so lange vertretbar ist, wie die Kommune in der Lage ist, den Schuldendienst aus dem laufenden Haushalt zu leisten. Tilgungen nur über neue Schulden zu finanzieren, ist ein gefährlicher Weg, den auch Banken auf Dauer nicht mittragen werden. Leider führt uns die für die nächsten Jahre absehbare Mischung aus defizitären Haushalten und hohen Investitionsvorhaben geradewegs dorthin.

Soweit nicht investive Zuwendungen oder Verkaufserlöse zur Finanzierung der vielen Investitionsvorhaben zum Tragen kommen, muss der Rest komplett über neue Schulden finanziert werden. Nach

den Zahlen der Mittelfristplanung steigt der Schuldenstand für Investitionskredite bis zum Jahr 2025 auf 265 Mio. € – allerdings nur, soweit die Investitionsvorhaben auch in der vorgesehenen Zeit realisiert werden können und das ist, wie Sie wissen, ein anderes Kapitel, zu dem ich heute aus Zeitgründen nichts sagen will. Innerhalb welchen Zeitrahmens die Kredite auch immer aufgenommen werden müssen, daraus erwachsen weitere Tilgungsverpflichtungen. Zusätzlich müssen die negativen Salden aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 77 Mio. € ausgeglichen werden. Bis zum Jahr 2025 reichen dafür voraussichtlich noch unsere liquiden Rücklagen. Für die Zeit danach kann ich Ihnen keine Lösung aufzeigen. Vielleicht löst sich alles durch ein weiteres hohes Wirtschaftswachstum oder durch hohe Inflation oder durch momentan unbekannte glückliche Fügungen. In einer Finanzplanung solide abbilden lässt sich das alles nicht.

Falls Sie, meine Damen und Herren, das ebenso besorgt wie mich, möchte ich Ihnen folgende Empfehlungen für die Haushaltsplanberatungen mit auf den Weg geben.

- Schauen Sie sich alle Ansätze sehr kritisch an.
- Hinterfragen Sie auch gerade alte Zöpfe und vermeintliche Selbstverständlichkeiten. Nur weil ein Projekt, eine Maßnahme vielleicht vor 5 Jahren bei anderem Sachverhalt und anderer Haushaltslage sinnvoll war, muss dies nicht automatisch für die kommenden Jahre gelten.
- Stellen Sie sowohl bei laufendem Aufwand als auch bei Investitionen die Frage nach dem notwendigen Umfang und dem erforderlichen Standard. Ohne Maßnahmen ganz aufzugeben, machen sie vielleicht auch eine Nummer kleiner oder schlichter Sinn.
- Es muss nicht für jedes Problem(-chen) eine kommunale Lösung geben. Hier nenne ich das Stichwort Tamponautomaten. Bauen Sie darauf, dass in vielen Fällen auch dann keine schweren Nachteile eintreten, wenn sich die Kommune einmal nicht darum kümmert.
- Geben Sie nicht jedem Förderantrag statt und stellen Sie auch bereits gewährte Förderungen immer mal wieder auf den Prüfstand, selbst wenn das dahinter stehende Anliegen sinnvoll und ehrenwert ist. Vertrauen Sie darauf, dass die Stadtgesellschaft andere und eigene Lösungen finden wird.
- Entsagen Sie kommunalen oder gar parteipolitischen Eitelkeiten. So schön das ist, die eigene Stadt in irgendeinem Aufgabenfeld in der Spitzengruppe zu sehen, ein Platz im soliden Mittelfeld sichert die Lebensqualität der Bürger bei geringerem finanziellen Einsatz ebenso gut und der Ruhm einer Schlagzeile ist sowieso nur von kurzer Dauer.

Zum Schluss möchte ich mich wie immer bei allen bedanken, die an der Aufstellung dieses Haushaltsplans mitgewirkt haben. Dieser Dank fängt bei den Haushaltsbeauftragten in den Fachbereichen und den Fachbereichsleitungen an, geht über den Verwaltungsvorstand und den Bürgermeister und endet insbesondere bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Fachbereichs Finanzen, namentlich bei Frau Pöhler, Herrn Rokahr und Frau Warkus.

Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wünsche ich gute Beratungen und der Stadt auch weiterhin eine solide Haushaltswirtschaft.